

SWR2 Wissen

Neue Aufrüstung (3/3) – Wie die Gesellschaft kriegstüchtig werden soll

Von Andrea Rehmsmeier

Sendung vom: Dienstag, 9. April 2024, 8:30 Uhr

Redaktion: Lukas Meyer-Blankenburg

Regie: Lukas Meyer-Blankenburg

Produktion: SWR 2024

Die meisten Deutschen tragen den Regierungskurs, mehr in die Verteidigung zu investieren. Dabei geht es nicht nur ums Militär. Um gut gerüstet zu sein, müssen viele Bereiche aufrüsten.

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 Wissen können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören:
<https://www.swr.de/~podcast/swr2/programm/podcast-swr2-wissen-100.xml>

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...

Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIFT

Musikakzent

Sprecherin:

Der Westen soll sich vorsehen, sagt Putin. Deutschland soll kriegstüchtig werden, sagt Pistorius. Wenn die Nato-Staaten beschützt werden wollen, dann sollen sie ihre Rechnungen bezahlen, sagt Trump. In Waffen investieren, Truppenstärken erhöhen, in Alarmbereitschaft sein, so lautet heute die Zauberformel gegen eine aus dem Gleichgewicht geratene Welt. Wie gut sind wir gerüstet für unsere Zukunft?

O-Ton 1 Sarah Wagenknecht, Politikerin:

Und ich finde auch schlimm, dass dieser Kurs von einem SPD-Kanzler und von diesen traurigen Figuren, die sich da SPD-Vorsitzende nennen, mitgetragen wird. Was ist nur aus dieser Partei Willy Brandts geworden, dass sie so einen Kurs heute durchsetzt?

Sprecherin:

Zeitenwende, Sondervermögen, Zwei-Prozent-Ziel der Nato: Landesverteidigung ist teuer – und das dauerhaft. Sind die Deutschen bereit, das zu bezahlen – auch dann, wenn es auf Kosten von Sozialleistungen oder Klimaschutz geht?

Ansage:

Neue Aufrüstung, Teil 3 von 3 – Wie die Gesellschaft kriegstüchtig werden soll. Von Andrea Rehmsmeier.

Atmo 1: Friedensdemo Frieden schaffen ohne Waffen

Sprecherin:

25. November 2023: Durch das Berliner Regierungsviertel zieht ein Demonstrationszug. „Nein zu Kriegen – Rüstungswahnsinn stoppen“, lautet das Motto, zu dem ein Bündnis aus Gewerkschaften, Linker Partei und dem Bündnis Sahra Wagenknecht aufgerufen hat. „Krieg ist ein Geschäft“ steht auf den Protestschildern und „Bildung statt Bundeswehr“. Die Polizei spricht von 10.000 Teilnehmern. Die Veranstalter nennen die doppelte Zahl.

O-Ton 2a Demonstrantin:

Ich bin hier, weil ich dagegen bin, dass so viele Kriege geführt werden und ich auch nicht als Steuerzahlerin dazu beitragen möchte und ich nicht damit einverstanden bin, wie unsere Regierung keine Diplomatie lebt und gestaltet. Und deswegen bin ich heute hier.

O-Ton 2b Demonstrantin:

Weil mich das sehr stört, dass unsere Bundesregierung so viel Geld für Rüstung ausgibt. Und Pistorius? Der schwört uns allen auf kriegsrüstig! Furchtbar finde ich das. Es müssten noch viel mehr Leute auf die Straße. Es ist gefährlich, was gerade läuft! Wir können uns doch nicht die ganze Zeit auf einen Krieg einschwingen.

Atmo 2: Friedensdemo

Sprecherin:

„Kriegstüchtig werden“ fordert Bundesverteidigungsminister Pistorius von den Deutschen. Bei der Mehrheit der Deutschen kommt das an: Während den ukrainischen Streitkräften an der Front die Munition ausgeht und Russland die Oberhand gewinnt, während der Nahostkonflikt zu eskalieren droht und Huthi-Milizen im Roten Meer Handelsschiffe angreifen, steigt bei vielen das Bedürfnis, militärisch gerüstet zu sein. 68 Prozent wollen, dass Deutschland seine Verteidigungsfähigkeit weiter ausbaut. So hat es eine repräsentative Studie der Unternehmensberatung PwC ergeben. 57 Prozent sind bereit, mindestens zwei Prozent des deutschen Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben – so, wie es die Nato von ihren Mitgliedsstaaten fordert. Knapp ein Drittel der Deutschen aber sehen die Militarisierung kritisch. In Berlin verschaffen sie sich Gehör. Sarah Wagenknecht fasst auf der Bühne ihre Sorgen zusammen:

O-Ton 3 Sarah Wagenknecht:

...dass die Bundesrepublik den größten Rüstungshaushalt aller Zeiten im nächsten Jahr haben wird. Dass Schecks in Höhe von 90 Milliarden Euro im nächsten Jahr allein in einem Jahr an die Waffenhersteller übergeben werden sollen, während in diesem Land Tausende Lehrer fehlen, Krankenhäuser geschlossen werden und die Infrastruktur vergammelt. Diese 90 Milliarden, warum redet da nicht einer darum?

Atmo 3: Friedensdemo Musik

Sprecherin:

Sarah Wagenknecht will mit ihrem Bündnis nicht nur bei den Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg antreten, sondern bereits im Juni bei den Europawahlen. Laut Umfragen ist das Wählerpotenzial erheblich: deutlich über fünf Prozent, und das aus dem Stand. Denn die ehemalige Linken-Politikerin sucht ihre Klientel auch bei denen, die sich derzeit im politischen Berlin heimatlos fühlen – weil sie sich wünschen, die Rüstungsmilliarden der Zeitenwende-Politik würden für friedliche Zwecke verwendet.

Musikakzent

Sprecherin:

Die großen Parteien jedoch orientieren sich am Rat von prominenten Sicherheitsexperten – und die gehen eher von weiteren Erhöhungen des Wehretats aus.

O-Ton 4 Wolfgang Ischinger, Diplomat:

Ich habe vor einem Jahr im März, wenn ich es recht erinnere, mal versucht, ein bisschen zu provozieren, indem ich den Begriff der Kriegswirtschaft in die Diskussion geworfen habe, einfach um mal aufzuwecken. Dann ging ein großes Geheul los: Wie kann man nur?

Sprecherin:

Das ist Wolfgang Ischinger, früher Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, heute Diplomat, hier im Interview mit dem NDR Podcast Streitkräfte und Strategien, im Februar 2024. Sein provokanter Diskussionsbeitrag war ein voller Erfolg. Vorbei sind die Zeiten, als sich die Deutschen bei dem Begriff „Kriegswirtschaft“ vor allem an das

nationalsozialistische Deutschland erinnert fühlten. Heute wissen sie: Auch das Putin-regierte Russland ist längst eine Kriegswirtschaft. Selbst die Europäische Union, die früher immer eine Organisation des Friedens sein wollte, könnte laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bald auf Kriegswirtschaft umstellen: mit einem eigenen EU-Kommissar für Verteidigung, gemeinsamer Waffen- und Munitionsbeschaffung, Überwachung der Rüstungsproduktion – und all das natürlich ausgestattet mit reichlich Budget. Viel garantiertes Geld und viele neue Jobs für die rüstungsrelevanten Bereiche, das fordert Ischinger auch für Deutschland.

O-Ton 5 Wolfgang Ischinger:

Müssen wir tatsächlich als Regierungen hier Vorgaben geben, wie viel Munition in den nächsten fünf oder zehn Jahren von uns abgenommen wird, so dass die betreffenden Firmen nicht ins Blaue hinein planen und investieren müssen, sondern dass sie die Sicherheit haben, ihre Produkte werden ihnen dann auch abgenommen werden. Sonst wird ein Unternehmen, das Aktionäre hat, solche Investitionen nicht machen wollen.

Sprecherin:

Sicherheitsexperte Wolfgang Ischinger warnt: Wenn die Ukraine von Russland militärisch besiegt werde, könne sich die deutsche Regierung gezwungen sehen, die Verteidigungsausgaben von zwei auf vier Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen.

Atmo 4: Klatschen, Begrüßung

O-Ton 6 Alexander Reinhardt, Rüstungslobbyist:

Liebe Offizierinnen und Offiziere, und Kolleginnen und Kollegen aus der Industrie, meine Damen und Herren, ich freue mich erstens, dass wir hier auch zahlreiche Uniformträger heute sehen ...

Sprecherin:

Das ist Alexander Reinhardt, laut Fachpresse „einer der wichtigsten Rüstungslobbyisten“ Deutschlands. Im Dezember 2023 vertritt er auf dem Fachkongress „FCAS Summit“ in Berlin als Hauptgeschäftsführer den Bundesverband Deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie. Er warnt ähnlich wie Sicherheitsexperte Ischinger: Viele dringend benötigten Fachkräfte würden sich ihre Stellen in anderen, nicht rüstungsrelevanten Branchen suchen. Um das zu verhindern, brauche die Rüstungsindustrie langfristige und verlässliche Aufträge. Und sie brauche die Achtung der Gesellschaft.

O-Ton 7 Alexander Reinhardt:

Das war ja lange in Deutschland ein Problem. Da musste man sich fast dafür entschuldigen, dass man in dieser Branche tätig ist. Und deswegen ist es Zeit, dass wir denen jetzt Planungs- und Zukunftssicherheit geben. Wenn die mit ihrer einzigartigen Expertise bei uns bleiben sollen, müssen wir denen jetzt eine langfristige Perspektive bieten.

Atmo 5: Vortragssaal

Sprecherin:

Doch zu viele Finanzmittel aus dem 100-Milliarden-Sondervermögen würden ins außereuropäische Ausland abfließen, findet Reinhardt. Prominentes Beispiel: F-35, das Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug des US-amerikanischen Herstellers Lockheed Martin, das die Nachfolge des veralteten Tornados antreten soll. 35 Kampffjets für mehr als 8 Milliarden Euro hat die deutsche Regierung bei den US-Amerikanern bestellt: Diese kostspielige Anschaffung soll künftig Deutschlands nukleare Teilhabe sichern. Denn Bundesverteidigungsminister Pistorius hatte noch im Frühjahr 2023 die Maxime vorgegeben: marktverfügbare Produkte beschaffen, wann immer das möglich ist. Reinhardt aber findet: Das allein reicht nicht. Nach seinem Vortrag stellt sich der Rüstungslobbyist für Interviews zur Verfügung.

O-Ton 8 Alexander Reinhardt:

Also natürlich brauchen Sie technologische Fähigkeiten auf hohem Niveau. Aber es gilt eben auch: das Geld ist verloren für die eigene europäische Industrie. Und das ist strategisch fatal.

Atmo 6: FCAS-Vorhalle

Sprecherin:

Im Bauen von Kampffjets, im Entwerfen von unbemannten Plattformen und in der Systementwicklung mit Künstlicher Intelligenz sei Deutschland traditionell stark, sagt Reinhardt. Doch ohne neue Aufträge drohe die Industrie diese Fähigkeiten zu verlieren: Deutschland wäre auf unabsehbare Zeit vom starken NATO-Partner USA abhängig. Was das bedeuten könnte, zeige jetzt schon die Aussicht auf eine mögliche Präsidentschaft Donald Trumps.

O-Ton 9 Alexander Reinhardt:

Weil, Sie haben heute alles Software gestützt und da haben Sie, wenn Sie amerikanische Systeme kaufen, reine Blackboxsysteme, in die Sie nicht reingucken können. Und wenn Sie eben selbst auch Ihre Systeme in Betrieb halten wollen, weiterentwickeln wollen, dann geht das nur mit eigenen technologischen Lösungen.

Musikakzent

Sprecherin:

Wird es gelingen, die deutsche Gesellschaft kriegstüchtig zu machen im Sinne des Verteidigungsministers? Junge Erwachsene auf dem Weg ins Berufsleben spielen dabei eine Schlüsselrolle, denn der Nachwuchs fehlt überall. Rüstungskonzerne umwerben die erhofften High Potentials mit rekordverdächtigen Einstiegsgehältern. Auch an vielen Universitäten ist die Rüstungsbranche allgegenwärtig: Sie lockt mit hoch dotierten Forschungsprojekten und stiftet Lehrstühle – in einer Zeit, wo der Bildungssektor ohnehin zugunsten des wachsenden Wehretats auf Sparkurs gesetzt ist. Nicht alle Studierenden wissen das zu schätzen.

Atmo 7: Zivilklauselkongress

Sprecherin:

Ende Oktober 2023, in einem Stadtteilzentrum im Westen von Kassel. Im Tischkreis sitzen etwa 50 Studierende und Hochschul-Mitarbeitende aus ganz Deutschland. Vorne wirft der Projektor das Emblem der Friedenstaube an die Wand: „Keine Militärforschung an Universitäten und Hochschulen“, steht da.

O-Ton 10 Begrüßung:

Herzlich willkommen zum Zivilklausel-Kongress zum Auftakt des Kongresses. Hoffentlich auch danach Rat der neu gefundenen Zivilklausel-Bewegung.

Atmo 8: Zivilklauselkongress

Sprecherin:

Die Zivilklausel – die Selbstverpflichtung von Bildungseinrichtungen, eigene Forschungsprojekte ausschließlich in den Dienst ziviler Zwecke zu stellen – ist eine der größten Errungenschaften der deutschen Friedensbewegung. Und sie ist in Gefahr, fürchten die Kongress-Teilnehmenden. Senta Pineau vom Arbeitskreis Zivilklausel Köln stimmt auf ein arbeitsreiches Wochenende ein.

O-Ton 11 Senta Pineau, Kongressteilnehmerin:

Die aktuelle militärische Zeitenwende finde ich wichtig zu begreifen als eine Reaktion auf all diese positiven Kämpfe, Und dass wir das jetzt quasi damit zu tun haben, dass der Ukraine-Krieg instrumentalisiert werden soll, um einen Rollback herbeizuführen.

Atmo 9: Zivilklauselkongress

Sprecherin:

Eigentlich ist die Trennung von ziviler und militärischer Forschung an deutschen Hochschulen ein fester Grundsatz: Sie ist die Lehre aus der Zeit des Nationalsozialismus, als sich deutsche Forscher allzu bereitwillig in den Dienst der kriegstreiberischen und rassistischen NS-Ideologie stellten. Doch jetzt fürchten Zivilklausel-Kritiker, dass Deutschland im Technologiewettlauf der Militärgroßmächte den Anschluss verliert. Dazu kommt: künstliche Intelligenz, autonome Mobilität, Satellitentechnik, Sensorik sind Dual- Use-Technologien: Sie können sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich angewendet werden, eine saubere Trennung ist kaum möglich. Sind Zivilklauseln da noch zeitgemäß? Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger, aber auch CDU-Chef Friedrich Merz von der Opposition und mehrere einflussreiche Forschungsverbände wollen das zumindest wieder offen diskutieren. Für die Zivilklausel-Anhänger auf dem Kongress in Kassel ist das skandalös; Deutschlands Hochschulen müssten Haltung zeigen, sagen sie, heute mehr denn je.

O-Ton 12 Senta Pineau:

Was ich wichtig finde ist, dass wir aus der Geschichte lernen müssen, um heute Geschichte zu schreiben. Wofür wird gelernt, wofür wird geforscht? (Applaus)

Sprecherin:

Nach allem, was bekannt ist, hat bislang noch keine wissenschaftliche Einrichtung in Deutschland ihre Zivilklausel mit Verweis auf die Zeitenwende abgeschafft. An

anderer Stelle aber hat der Ukraine-Krieg die Forschungslandschaft bereits verändert. Kurz nach Russlands völkerrechtswidrigem Angriff auf die Ukraine hatte das Bundesbildungsministerium dazu aufgerufen, Forschungsk Kooperationen mit Russland einzufrieren und kritisch zu überprüfen, Technologietransfer dürfe nicht stattfinden. Große Wissenschaftsorganisationen schlossen sich an. Seitdem ruht an vielen Universitäten die russisch-deutsche Wissenschaftspartnerschaft, sehr zum Leidwesen vieler wichtiger Forschungsprojekte – wie etwa die SWR2 Wissen-Folge „Arktisforschung ohne Russland“ berichtet.

Atmo 8: Zivilklauselkongress neutral

Sprecherin:

Die Studentin Ariane Alba Marquez von der Goethe-Universität Frankfurt findet das kategorische Ende der Forschungsk Kooperationen falsch – besonders an Hochschulen, die wie ihre eine Zivilklausel haben. Doch jeder Protest gegen das Einfrieren von Wissenschaftsk Kooperationen mit Russland sei damals zwecklos gewesen, berichtet sie.

O-Ton 15 Ariane Alba Marquez, Studentin:

Das war wirklich krass, wie viel, wie stark das abgewehrt wurde. Und auch mit einer brachialen Gewalt, vor allem von der Professorenschaft, die also mir persönlich gesagt hat, wie ich mich erdreisten könnte, so was zu sagen. Wir müssen jetzt die Kooperation mit Russland und so abbrechen. Es wird auch überhaupt gar nicht inhaltlich begründet, warum.

Sprecherin:

Bis heute seien in Frankfurt institutionelle Kooperationen mit staatlichen russischen und belarussischen Einrichtungen ausgesetzt, teilt die Goethe-Universität auf Anfrage mit – gemäß den Empfehlungen der Kultusministerkonferenz und der Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen. Studierende aus Russland oder Belarus seien aber nicht exmatrikuliert, Forschungsstellen oder Projekte nicht entzogen worden. Die Mitsprache an Entscheidungen der Universität sei über die Gremien der universitären Selbstverwaltung gewährleistet. Die Studentin Alba Marquez ist dennoch enttäuscht.

O-Ton 16 Ariane Alba Marquez:

Verantwortung heißt in dem Fall dann ja, den Interessen des deutschen Staates im Weltsystem im Endeffekt nachkommen zu wollen. Und nicht die Freiheit von Forschung und Lehre. Und das ist natürlich problematisch.

Sprecherin:

An den Hochschulen beobachten viele Studierende die Militarisierung von Forschung und Lehre mit Unbehagen. Doch das ist nicht überall so. Bei der Bundeswehr, die seit Jahren gegen sinkende Bewerberzahlen kämpft, könnte sich eine Trendwende abzeichnen. Sie wirbt mit allen Mitteln gegen sinkende Bewerberzahlen: mit Postwurfanschreiben, Zukunftstagen, Offenen Türen in Bundeswehr-Einrichtungen, Eventcamps und temporär angemieteten Karrierelounges, dazu kommen Online-Bewerberportale und Imagekampagnen in den Sozialen Netzen.

O-Ton 17 PR-Video Berufs- und Karrierevielfalt:

Dein Einstieg in die Bundeswehr, unsere Berufs- und Karrierevielfalt. Bei der Bundeswehr kannst du unzählige Karrierepfade einschlagen.

Sprecherin:

Im Ranking der beliebtesten Arbeitgeber 2023 schaffte es die Bundeswehr auf Platz Zwei – nach der Polizei, aber vor Adidas, BMW und Porsche. Das sagt das Trendence Schülerbarometer, das mit rund 20.000 Befragten die größte Studie ihrer Art ist. Die Frage der Wehrpflicht-Wiedereinführung dagegen polarisiert die betroffene Altersgruppe. Die eine Hälfte der 18- bis 29-Jährigen ist dafür, die andere dagegen, mit knapper Mehrheit für die Gegner, sagt eine Umfrage des Insa-Instituts.

Atmo 11: Unterricht

Sprecherin:

Politik-Unterricht an der Berufsschule Friedrich List im niedersächsischen Hildesheim. Im Klassenzimmer sitzen 15 angehende Einzelhandelskaufleute, vorne steht ein hochgewachsener Mann in Marineuniform: Kapitänleutnant Florian Rohmann. Werbung für eine Bundeswehrkarriere machen, das ist ihm verboten. Wenn er von einer Schule eingeladen wird, eine Doppelstunde zu geben, dann referiert er über aktuelle Geopolitik, deutsche Geschichte und die Rolle der Bundeswehr in der Sicherheitspolitik. Manchmal ist das bitter nötig, gibt er vor der Klasse offen zu. Denn in den sozialen Netzen kursieren Fake News, und Teenager stellen sich den Soldatenberuf eher vor wie ein Egoshooter-Game.

O-Ton 19: Florian Rohmann

Ich habe zum Beispiel heute Morgen in einer neunten Klasse, Oberschule. Und als ich die da am Anfang gefragt habe: Was verbindet ihr mit Soldaten? Da kam dann: „Call of Duty“. Okay? Ja. Gut. Definitiv nein.

Sprecherin:

Ein Schüler fragt sich, was wohl sein würde, wenn der Krieg nach Deutschland käme, und ob junge Leute ab 18 Jahren dann einfach eingezogen werden könnten.

O-Ton 20 Schulstunde Schülerfrage:

Kann es dann sein, dass es dann heißt, Leute von 18 oder 20 Jahren müssen in die Bundeswehr? Ist das schon mal in Betracht gezogen worden?

Sprecherin:

Ja, im Kriegsfall werde eingezogen, stellt Rohmann klar. Doch bei wirksamer Abschreckungspolitik werde es dazu nicht kommen. Er persönlich halte eine Wiedereinführung der Wehrpflicht für unwahrscheinlich – allein schon deshalb, weil der Bundeswehr die Kapazitäten dafür fehlten. Ziel sei die Aufstockung des Personals um etwa 20.000 Fachkräfte. Dann stellt Rohmann ein Modell vor, das derzeit in Schweden erfolgreich praktiziert wird. Auch im Bundesverteidigungsministerium wird es diskutiert.

O-Ton 21 Florian Rohmann:

Wir stellen fest, ob du tauglich, du tauglich bist, du tauglich bist. Ihr müsst nicht zur Armee. Aber wir stellen eure Tauglichkeit fest. Und im schlimmsten Fall behalten wir uns rechtlich vor, die – in Führungsstrichen – Best-Geeigneten zu ziehen.

Sprecherin:

Sind Bundeswehr-Offiziere als Gastdozenten in öffentlichen Schulen besonders kompetent? Oder sind sie dafür zu interessengeleitet? Das deutsche Bildungswesen ist über diese Frage gespalten. Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat Schulen und Bildungseinrichtungen dazu aufgerufen, das Veranstaltungsangebot als Bereicherung für den Unterricht zu nutzen. Dagegen argumentiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, GEW: Fragen der Sicherheitspolitik gehörten in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren. [OC: Politiklehrer Christian Kopplin [sprich: letzte Silbe betont, langes i] aus Hildesheim jedenfalls weiß das Angebot der Bundeswehr sehr zu schätzen: In seinem Unterricht ist Kapitänleutnant Rohmann ein regelmäßiger Gast.

Sprecherin:

Dann ist die Doppelstunde vorüber. Die Schülerinnen und Schüler sind sichtlich beeindruckt. Ein Vierer-Grüppchen findet sich zusammen und diskutiert weiter. Was ist ihnen besonders hängengeblieben?

O-Ton 25 Schüler:

Dass da am Anfang 500.000 Mann waren in der Bundeswehr und jetzt nur noch 180.000. Dass wir jetzt in der heutigen Gesellschaft wieder ein bisschen aufrüsten müssen, dass wir auch nicht wissen, was in der Zukunft alles passiert. Denn es kann friedlich weitergehen, es kann auch zu schlimmen Konflikten kommen, was wir aber natürlich alle nicht hoffen.

O-Ton 27 Schüler:

Ich persönlich wäre auch dafür, dass man die Wehrpflicht wieder einsetzt, weil die ist aktuell ausgesetzt. Damit man halt auch verteidigungsfähig bleibt und weil man ja auch dieses Zugeständnis der NATO gemacht hat, dass man halt die Verteidigung auch bietet. Und Deutschland ist ja einer der stärksten NATO-Partner. Und das sollte man dann meiner Meinung nach auch mehr militarisieren.

Sprecherin

Kriegswirtschaft, Rüstungsforschung an Universitäten, Wehrpflicht – vieles, was vor dem Ukraine-Krieg in Deutschland noch empörte öffentliche Debatten ausgelöst hätte, wird heute von den Deutschen mitgetragen. Wenn es nach der Bundesregierung geht, dann sollen sich immer mehr gesellschaftliche Bereiche immer konkreter auf einen möglichen Krieg vorbereiten. Die Verkehrsinfrastruktur soll für Militärtransporte ausgebaut werden. Bundesbildungsministerin Stark-Watzinger spricht sich für Zivilschutzübungen an Schulen aus. Und zivile Organisationen wie das Technische Hilfswerk oder die freiwilligen Feuerwehren, die eigentlich für den Katastrophenschutz zuständig sind, sollen bald auch für die Zivilverteidigung eingespannt werden. Deutschland wird kriegstüchtiger, dafür sind die Weichen gestellt. Aber wird Deutschland dadurch auch sicherer?

Musikakzent

Sprecherin:

10. Januar 2024. In Genf laufen die Vorbereitungen für das Weltwirtschaftsforum in Davos. Auf einer Pressekonferenz stellen die Veranstalter die Studie „Global Risk Report 2024“ vor. Über 1.400 Risikoexperten und Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft haben ihre Einschätzung abgegeben, welche globalen Risiken die Menschheits-Entwicklung am meisten gefährden könnten – in der nahen und in der ferneren Zukunft. Nachzusehen ist die Veranstaltung auf YouTube.

O-Ton 30 Pressekonferenz-Video (youtube.com/watch?v=jUW6qplYQQ0):

Mis- and disinformation is the number ... economic downturn and pollution.

Übersetzung:

Falsch- und Desinformation wurde als das größte Risiko genannt. Danach folgten Extremwetter, gesellschaftliche Polarisierung und zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte als die fünf größten Risiken in der Zweijahresperspektive, dicht gefolgt von Armut, Inflation, unfreiwillige Migration, Rezession und Umweltverschmutzung.

Sprecherin:

Noch pessimistischer fällt die Experteneinschätzung für die fernere Zukunft aus. Zwei Drittel erwarten starke Erschütterungen. Was allerdings auffällt: Das Menschheitsrisiko „zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte“ wie Russlands Krieg gegen die Ukraine oder ein drohender Großkonflikt zwischen der Nato und Russland taucht in dieser Top-Ten-Liste der größten Risiken nicht auf.

O-Ton 31: Pressekonferenz-Video (youtube.com/watch?v=jUW6qplYQQ0)

In the ten year outlook ... followed by natural resource shortages.

Übersetzung:

In der Zehnjahresprognose verursachen, wie auch in früheren Jahren, die klimabedingten Risiken die größte Besorgnis. Extremwetterereignisse an erster Stelle, dann folgt ein Risiko, das neu in unserer Liste ist: unumkehrbare Veränderung der Erdsysteme. Danach folgt: Verknappung der natürlichen Ressourcen.

Sprecherin:

Deutschland setzt gerade andere Prioritäten. Die Spitzenpolitik diskutiert eine mögliche Aufstockung des 100 Milliarden Euro Sondervermögens Bundeswehr. Der Klima- und Transformationsfonds aber, das zentrale Instrument des klimafreundlichen Umbaus, wurde nach einem Verfassungsgerichtsurteil um 60 Milliarden Euro zusammengestrichen. Im Bundeshaushalt 2024 müssen alle Ressorts sparen, allein der Wehretat ist gewachsen – auf einen Rekordwert von 52 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Etats für Gesundheit, Familie, Wirtschaft und Klimaschutz sowie Wohnen zusammengerechnet. Rüstungsforscher Marc von Boemcken vom Internationalen Zentrum für Konfliktstudien in Bonn, kurz: BICC, beobachtet das mit Sorge.

O-Ton 32 Marc von Boemcken, Rüstungsforscher:

Rüsten wir an richtiger Stelle für die Zukunft? Das ist die Frage. Ich glaube, was wir brauchen, ist eine nüchterne, sachliche Analyse der Herausforderungen, die uns in der Zukunft bevorstehen, der Gefahren. Was wir derzeit teilweise erleben – so nehme ich das wahr – das sind Panikdiskurse und eine gewisse Angstmacherei. Also die Idee von der völlig maroden und kaputtgesparten Bundeswehr ...

Sprecherin:

...die, wie Marc von Boemcken im vorangegangenen, zweiten Teil dieser Serie erklärt hat, im internationalen Vergleich nicht ganz so schlecht dasteht, wie oft behauptet wird. Das Gesetz zur Finanzierung der Bundeswehr, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO, Großaufträge an die Rüstungsindustrie: Die Militärausgaben werden wohl auf lange Sicht weiter steigen. Dabei droht Deutschland derzeit Gefahr aus verschiedenen Richtungen, in vielen Bereichen fordern Experten Investitionen in Risikovorsorge. Deutschland allerdings, fürchtet von Boemcken, blickt derzeit nur nach Moskau.

O-Ton 33 Marc von Boemcken:

Klimawandel, Pandemien, Massenmigration und Armut. Und um diesen grenzüberschreitenden Krisen zu begegnen, braucht es nicht nur Ressourcen, sondern auch eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Und ich denke, hier liegt aber womöglich auch die wahre Dramatik oder auch Tragik der russischen Bedrohung und des gegenwärtigen Rüstungswettlaufs. Das erschwert es uns, diesen anderen Krisen gemeinsam und mit den dafür notwendigen Mitteln zu begegnen.

*Musikakzent***Sprecherin:**

Kriegstüchtigkeit – mit diesem Begriff hat Bundesverteidigungsminister Pistorius der Mehrheit der Deutschen erfolgreich klar gemacht, dass es gilt, die militärischen Versäumnisse der vergangenen Jahre aufzuholen. Aber: Sicherheit bedeutet mehr als geschützt sein vor dem Angriff einer feindlichen Armee. Es bedeutet auch: Schutz vor Extremwetter und Ernteaussfällen, Krankheit und Armut, Bildungsverlust und Perspektivlosigkeit. Sicherheit ist nur dann gewonnen, wenn nach dem Ende des Sondervermögens auch dafür noch Geld übrig ist. Die Herausforderungen für die Zukunft sind enorm.

Abspann:

SWR2 Wissen (mit Musikbett)

Sprecherin:

Neue Aufrüstung, Teil 3 von 3 – Wie die Gesellschaft kriegstüchtig werden soll. Von Andrea Rehmsmeier. Sprecherin: Birgit Klaus. Redaktion und Regie: Lukas Meyer-Blankenburg.
